

Kommunal-Pakt Plus⁺

Kommunen stärken. Investitionen ermöglichen. Kinder fördern

Der Kommunal-Pakt Plus⁺ ist unsere Strategie zur Stärkung der Gemeinden, Städte und Kreise im Saarland. Die SPD in der Landesregierung ist überzeugt, mit einem klugen Vorgehen nicht nur ein, sondern gleich drei finanzielle Probleme der Kommunen gleichzeitig zu lösen:

- schnellstmöglicher Stopp bei der Aufnahme neuer Kassenkredite und Abbau des strukturellen Defizits
- Auflösung des Investitionsstaus
- Abbau der Kassenkredite und Absicherung gegen künftige Zinsänderungsrisiken

Wir bieten aber nicht nur eine Lösung für die Kommunen. Das Plus an unserer Strategie: Wir fördern unsere Kinder. Unser Kommunal-Pakt Plus⁺ zeigt einen Weg, wie wir die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung um die Hälfte senken können.

Unser Kommunal-Pakt Plus⁺ ruht auf folgenden Pfeilern:

Wir geben Geld für Kommunen und Kinder statt für Banken.

Ab dem Jahr 2020 werden 50 Mio. Euro pro Jahr BEZ-Mittel für folgende Maßnahmen verwendet:

- 1.: Stärkung der Finanzkraft von Städten und Gemeinden in Höhe von 30 Mio. Euro pro Jahr durch Absenkung der Kreisanteile an der Finanzierung der Personalkosten im Kitabereich um 30 Mio. Euro pro Jahr (Erhöhung des Landesanteils). Die Landkreise werden verpflichtet, die dadurch erzielte Entlastungswirkung 1:1 an Städte und Gemeinden durch Senkung der Kreisumlage weiterzureichen.
- 2.: Zusätzlich: Verstärkung der Investitionsförderung für die Kommunen um 10 Mio. Euro pro Jahr. Gleichzeitig wird das System der Bedarfszuweisungen reformiert und transparenter gemacht.
- 3.: Weitere 10 Mio. Euro pro Jahr werden als Anteilsfinanzierung für die Tilgung der Kassenkredite verwendet.

Der Kommunal-Pakt Plus⁺ bietet nicht nur für Kommunen, sondern auch für unsere Kinder ein Plus. Denn für die SPD in der Regierung gilt: Bildungsgerechtigkeit ist gebührenfrei: Mit dem Kommunal-Pakt Plus⁺ legen Land und Kommunen den halben Weg dorthin gemeinsam zurück. Er sieht vor, die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung bis 2022 um 50% zu senken. Die Möglichkeit ergibt sich über:

- 1.: 18,5 Mio. Euro zur Senkung der Gebühren entsprechend dem Koalitionsvertrag (in der mittelfristigen Finanzplanung bereits enthalten).
- 2.: 20,5 Mio. Euro aus Bundesmitteln (Gute-Kita-Gesetz) .

3.: 5 Mio. Euro aus Steuermehreinnahmen, die dem Land aufgrund der aktuellen Steuerschätzung im Vergleich zum Zeitpunkt des Koalitionsvertrages zur Verfügung stehen.

Das Land hält seine Zusagen gegenüber den Kommunen ein.

Der Kommunal-Pakt Plus⁺ hält sich an den verabredeten Abbau der kommunalen Sanierungshilfen für den Landeshaushalt. Die Kommunen werden wie zwischen Land und Kommunen vereinbart schrittweise um 45 Mio. Euro pro Jahr entlastet.

Es bleibt bei den verabredeten Verbesserungen der Kommunalfinanzen durch das Auslaufen der Gewerbesteuerumlage in Höhe von über 30 Mio. Euro pro Jahr.

Statt auf ein Spargremium unter Landeskontrolle, das die kommunale Selbstverwaltung beschneidet und die Kommunalaufsicht des Landes aushöhlt, setzen wir mit dem Kommunal-Pakt Plus⁺ darauf, dass kommunale Entscheidungen auch weiterhin in der Verantwortung demokratisch gewählter Kommunalparlamente liegen.

Schuldenmanagement und Abbau von Altschulden.

Im Kommunal-Pakt Plus⁺ setzen wir auf ein kluges Zinsmanagement statt auf teure Umfinanzierungen. Dafür wird auf freiwilliger Basis ein Instrument zum gemeinsamen Schuldenmanagement der Kommunen geschaffen. Die Schuldentilgung der Kommunen wird u.a. durch 10 Mio. Euro pro Jahr aus BEZ-Mitteln unterstützt.

Die Kommunen erhalten zur Verbesserung ihres Schuldenmanagements die Möglichkeit, die Finanzierung von Kassenkrediten auf bis zu 30 Jahre festzuschreiben.

Durch kluges Zinsmanagement können im Vergleich zu einer bloßen Annuitätenfestschreibung zudem geschätzt im langjährigen Durchschnitt rund 10 Mio. Euro pro Jahr an Zinsen gespart und ebenfalls zur Schuldentilgung eingesetzt werden.

Auch ein Teil (25 bis 30%) der zu erwartenden Haushaltsverbesserungen bei den Kommunen, insb. durch erwartete Steuermehreinnahmen von rund 100 Mio. Euro pro Jahr, muss von den Kommunen verpflichtend zur Schuldentilgung verwendet werden.

Unser Signal.

Mit dem Kommunal-Pakt Plus⁺ bekräftigt das Land seine Zusage, dass nach der Sanierung des Landeshaushaltes in dieser Legislaturperiode jetzt die Sanierung der Kommunalfinanzen erreicht werden soll. Dafür entlassen wir auch den Bund nicht aus seiner Pflicht, für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu sorgen.

Der Kommunal-Pakt Plus⁺ ist unser Signal, dass über den Zusammenhalt von kommunaler Familie und Land mehr zu schaffen ist. Die SPD in der Regierung zeigt, dass wir neben dem bereits begonnen Jahrzehnt der Investitionen schon jetzt mit weiteren Projekten an einer guten Zukunftsperspektive und mehr sozialer Gerechtigkeit im Saarland arbeiten.